Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 02/57. Jahrgang | Februar 2026 | Schutzgebühr: 0,40 €

Warum GSF wählen? Ein Wahlbündnis zum Mitmachen

Das neue Wahlbündnis **„Gießen – sozial und friedenstüchtig“** tritt zur Kommunalwahl am 15. März 2026 an, um neuen Schwung ins Rathaus zu bringen. Wir sind in außerparlamentarischen Bewegungen und Organisationen in Gießen vernetzt und wollen die Ideen zum Wohl der Bevölkerung ins Parlament tragen. Viele Probleme der Menschen werden von den bürgerlichen Parlamentariern ignoriert oder geflissentlich übersehen.

GSF steht für **transparente Politik** und tritt an, um das Gespräch mit den Menschen dieser Stadt zu suchen, ihre Perspektiven, Wünsche und Sorgen in das Stadtparlament zu tragen. Auch die sollen gehört werden, die sonst übergangen werden. **GSF will den Diskurs des Stadtparlaments auf die Straße tragen**.

GSF steht für…

- **Bezahlbarer Wohnraum statt Leerstand**
- **Ausgebauter ÖPNV, Erholungsräume und kulturelle Teilhabe**
- **Antimilitaristisch & antifaschistisch handeln**
- **Nein zu Rüstungswahn, Kriegstüchtigkeit & Kriegshetze**
- **Nein zur Bundeswehr an Schulen & Universitäten**

Wenn ihr euch in diesen Zielen wiederfindet, dann unterstützt uns! Bringt euch ein, diskutiert mit und wir finden zusammen Lösungen für Gießen. Lasst uns gemeinsam für ein lebenswertes Gießen streiten – für eine Stadt, die uns allen gehört!

Dass die Parteien im Wahlkampf versprechen, was die Bevölkerung hören will, am Ende aber ganz andere Sachen durchsetzen, ist hinreichend bekannt. Wie es weitergeht, welche Entscheidungen getroffen werden, darüber haben vor allem die Monopole die Kontrolle. Was die Interessen der Bevölkerung sind, kümmert weder diese Politiker noch die Konzerne. **GSF will draußen sichtbar machen, was drinnen im Rathaus passiert.**

Dabei ist es wichtig, auf eigene Kräfte zu bauen. Das bedeutet, solidarisch für unsere Interessen auf die Straße zu gehen, gemeinsam unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern und gemeinsam zu kämpfen. Zum einen für Reformen, damit unser Leben schon heute besser werden kann, vor allem aber für eine andere Gesellschaft, die nicht an den Interessen des profitorientierten Marktes ausgerichtet ist, sondern an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen.

Werde Teil unseres Bündnisses!

Das Wahlbündnis GSF stellt seine Kandidatinnen und sein Wahlprogramm vor, in dieser Ausgabe ausführlich **Zoë Langner** (Listenplatz 2). **Siehe Seite 2**

Nein zur Wehrpflicht / Obdachlosigkeit S. 3

Müllproblematik in Gl / Das E-Klo soll weg? S. 4

Wilhelm Liebknecht / Tierschutz in Gießen S. 5

Fernwärme / Fahrradschnellweg Gießen – Wezlar S. 6

Angriff auf Venezuela / Chile – das Problem der lateinamerik. Linken S. 7

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Gießen – sozial und friedenstüchtig (GSF)

GSF
Gießen - sozial und friedenstüchtig
Gießen braucht es und wir sind bereit
Kommunalwahl am 15. März 2026

Aus dem Wahlprogramm des Wahlbündnisses GSF

Frieden und Soziales gehören zusammen

Der Frieden braucht Verhandlungen statt Sanktionen, ein Ende der Waffenlieferungen und der Hochrüstung. Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Gelder, die für Rüstung und Kriegstüchtigkeit ausgegeben werden, fehlen in Bildung, in Gesundheit, im Sozialen und zur Organisierung der wirtschaftlichen Umgestaltungen im Interesse der Beschäftigten. Natürlich hat die Bundespolitik Auswirkungen auf die Politik in Gießen. Viele wissen nicht, wie sie Stromrechnungen und Lebenshaltungskosten bezahlen sollen. Bei den großen Konzernen knallen die Sektkorken und die Deutsche Börse feiert ein neues Allzeithoch. Wir wollen ein Gießen, das für Menschen da ist und nicht für Profite und Kriege, eine Stadt, in der alle gerne und zufrieden leben.

Zoë Langner beim GSF-Infostand: Wir laden alle ein, mit uns zu diskutieren und gemeinsam mit uns für ein besseres Gießen zu kämpfen. Gießen braucht es, wir sind bereit.

Unsere Kandidatin auf Platz 2

Zoë Langner

23 Jahre, Studentin, Mitorganisatorin des treff.punkt Gießen, Referentin für Politische Bildung des AStA der JLU. Ich bin parteilos und Mitglied der Bühnengewerkschaft.

Gießen soll zu einer lebenswerten, solidarischen Stadt werden. Trotz Kürzungen und Aufrüstung. Es lässt sich was bewegen, wenn wir es zusammen angehen. Für ein Gießen für alle, in dem wir selber entscheiden, welche Zukunft wir gestalten.

Hintere Reihe: Werner Ortmüller, Mario Berger, Toni Geisberger, Werner Janik, Michael Drees, Barbara Wolff; **mittlere Reihe:** Tatjana Thum, Gernot Linhart, Asis Hasan, Karl Gierth, Helmut Appel; **vordere Reihe:** Zoë Langner, Martina Lennartz und Emilia Selig

Ein würdiges und gerechtes Leben in Gießen für Alle. Gießen braucht es - und wir sind bereit

- **Gießen braucht – freien Wohnraum für alle**
  - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
  - Leerstandserhebung und Mietpreisbremse
- **Gießen braucht – mehr Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit für alle**
  - Kostenfreien Eintritt für Kinder in Schwimmbäder
  - Ausbau und Erweiterung der Spielplätze – vor allem für Kinder unter drei Jahren
  - Mehr Spielfläche und Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche

Das ausführliche Wahlprogramm findest Du unter:
www.gsf-gi.de
E-Mail: ***gsf-giessen@web.de***

Gemeinsam haben wir unsere Wahlplakate im Stadtgebiet aufgehängt. Hier Martina Lennartz.

Unser GSF-Infostand am Kugelbrunnen. Wir sind die kommenden **Samstage jeweils von 10:30 bis 16:00 Uhr** vor Ort und beantworten eure Fragen zur Kommunalpolitik.

Nein zur Wehrpflicht und anderen Zwangsdiensten

Das Hauptziel des neuen Kriegsdienstes ist die Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft, um die Zahl der aktiven Soldaten bis 2035 bis auf 270.000 zu erhöhen.

In diesen Tagen erreichen die Erfassungsbriefe der Bundeswehr die ersten jungen Männer. Was steht eigentlich in den Fragebögen drin? Zu Beginn wird nach den „beruflichen Qualifikationen“ gefragt. Sowohl den Schulabschluss als auch die Berufsausbildung soll man angeben, weil „gewisse Qualifikationen, Vorerfahrungen und Kenntnisse […] relevant sein“ können, um besser entscheiden zu können, wo die jungen Männer in einem kommenden Krieg sterben sollen – als einfacher Soldat oder doch lieber als Offizier.

Ebenfalls will die Bundeswehr wissen, ob die Jungen noch andere Sprachen sprechen, damit sie bei künftigen Feldzügen im Ausland alles gut übersetzen können.

Auch die körperliche Verfassung interessiert die Bundeswehr natürlich sehr. Schließlich soll das Kanonenfutter effektiv sein. Um von Schützengraben zu Schützengraben zu rennen, ist hervorragende Fitness entscheidend. Falls die jungen Männer Wehrdienst in einem anderen Land geleistet haben sollten, ist das ein Grund, an der Loyalität zu Deutschland zu zweifeln – was natürlich deshalb auch abgefragt wird. Zu guter Letzt wird noch gefragt, wie bereit die jungen Menschen sind, uns und sich im Zweifelsfall für deutsche Kapitalinteressen erschießen zu lassen – nur anders formuliert. Dazu gibt es die Möglichkeit, eine Zahl von null bis zehn auszuwählen. Je höher die Zahl, desto größer die Bereitschaft für den Kriegsdienst. Wenn man sich für die Angabe von 0 entscheidet, endet der Fragebogen. Bei allen Zahlen von 1 bis 10 werden alle aufgefordert, persönliche Daten zur Kontaktaufnahme einzugeben.

Die Strategie der Herrschenden sieht vor, kriegstüchtig zu werden, selbst, wenn sich nicht genug „Freiwillige“ finden. Sollte man eine geringe Bereitschaft angegeben haben, sich zum Kriegsdienst verpflichten zu lassen, wird das die Herrschenden im Zweifelsfall nicht davon abhalten, einen Musterungsbescheid zu schicken. Und wenn selbst das nicht ausreichen sollte, behalten sie sich vor, die Verpflichtung zum Wehrdienst auch ohne Zustimmung wieder einzuführen. Die Fragebögen dienen lediglich dazu, durch das erwartete Ergebnis einen Grund für die volle Wiedereinführung der Wehrpflicht zu liefern.

Wer keinen Wehrdienst leisten will, der muss sich organisieren. Schreibt uns und wir informieren euch über Beratungsgespräche, die wir für die jungen Menschen anbieten: *giessener-friedensnetzwerk@web.de*

Martina Lennartz

Verlust von 1.000 Soldaten täglich

„Nach Berechnungen der Bundeswehr werden im Kriegsfall pro Tag **1.000 Soldaten an der Front sterben oder so schwer verwundet** sein, dass sie nicht mehr kämpfen können. Die müssen ersetzt werden, und zwar auch maßgeblich durch Reservistinnen und Reservisten.“ (Patrick Sensburg, Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr, plädiert für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht; Spiegel, 22.10.2025)

Obdachlosigkeit wird weiter zunehmen

Prognosen und Daten für das Jahr 2026 deuten darauf hin, dass die Wohnungslosigkeit in Hessen und Gießen weiter auf einem hohen Niveau verharren oder zunehmen wird.

Für 2026 wird eine durchschnittliche Preissteigerung bei Wohnimmobilien und Mieten von etwa drei Prozent prognostiziert, was einkommensschwache Haushalte zunehmend unter Druck setzt.

Wir haben zu wenig bezahlbare Wohnungen, starke Nachfrage durch Studierende, junge Familien mit geringerem Einkommen, dazu kommen steigende Mieten und hohe Kaufpreise für Immobilien. Finanziell Schwächere werden verdrängt. Es gibt zu wenig geförderten Wohnbau und Sozialwohnungen. Seit Jahren steigen die Mieten.

Um Wohnraum zu schaffen, brauchen wir eine Leerstandserhebung, um herauszufinden wo Häuser leerstehen. Dafür könnte die Wohnbau eine zuständige Stelle sein. Es braucht einen Mietendeckel, der Mieten auf 30% des Einkommens begrenzen sollte. Eine dritte Maßnahme wäre eine Tauschbörse für Mieter, die das Wechseln in von Größe und Kosten her passendere Wohnungen erleichtern könnte. Hier könnten Senioren-WGs entstehen, in denen man sich gegenseitig hilft.

Die Stadt muss politischen Druck auf das Land Hessen ausüben, damit die Einstufung von Gießen als Gebiet mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ Wirklichkeit wird. Der Wohnraum darf nicht Spielball des Marktes sein.

M.L.

Das E-Klo soll weg?

Gießener werden es in der Presse gelesen haben: Im Kommunalwahlkampf fordert die FDP den Abriss des E-Klos und Umwandlung der Kreuzung in einen Kreisverkehr. Damit greift sie eine ältere Forderung der AfD auf. So viel zur „Brandmauer“ der Heuchler.

Abgesehen davon, dass das Bauwerk für viele ein Wahrzeichen der Stadt ist – gestandene Schlammbeisser vergleichen es gar mit der Bedeutung des Eiffelturms für Paris – wer soll den dafür nötigen kaum abzusehenden womöglich zweistelligen Millionenbetrag bezahlen? Die Maßnahme würde mutmaßlich mehr kosten als der dilettantische Verkehrsversuch.

Für den Bau im Stile des für die späten 60er Jahre typischen Brutalismus wurden seinerzeit große Mengen an Stahl und Beton aufgewendet. Das Material müsste maschinell zerkleinert und mit unzähligen LKW-Ladungen abgefahren werden, bevor überhaupt Straßenbauarbeiten beginnen könnten. Wie lange soll denn die Kreuzung eine nahezu unpassierbare Baustelle sein? Ist Stadtverkehr in Gießen zu bequem? Gibt es zu wenige Hindernisse?

Ein Argument ist, Wartung und Instandhaltung des Objekts seien teuer, bis zu 100.000 Euro jährlich, manchmal darüber. Dennoch sei die Barrierefreiheit nicht gegeben, da Rolltreppen und Aufzüge häufiger stillstünden als funktionierten. Der Verfasser, Elektrofachkraft, fragt sich, was wird da wie gewartet? Eine Wartung, die den Namen verdient, hält Anlagen betriebsbereit und beugt Schäden und kostspielige Reparaturen vor. Die Deutsche Bahn beweist entgegen ihres Rufs, dass es geht. Der Aufzug am Haltepunkt Oswaldsgarten funktioniert.

Wie sähe das Ergebnis aus? Ein Kreisverkehr, ein- oder zweispurig? Zwei oder gar drei Fußgängerüberwege, wahrscheinlich ampelgeregelt. Wer die Leistungen Gießener Verkehrsplaner kennt, ahnt das Desaster: gewaltige Rückstaus. Umlandbewohner hätten noch mehr Gründe, die Innenstadt zu meiden. Beitrag zur autofreien Stadt?

Qui bono oder zu deutsch: Wem nützt es? Wohl nur Faber & Schnepp, dem örtlichen Tiefbauer, der aufgrund seiner Quasi-Monopolstellung für Aufträge dieser Größenordnung die Ausschreibung wahrscheinlich gewinnen würde. Ein Schelm, wer Böses denkt.

MD

Gießen und die Müllproblematik

Mülleimer quellen über, Weihnachtsbäume werden nicht abgeholt, Müll liegt in den Parks, im Seltersweg und auf den Straßen – reichlich.

Das Problem „Müll in Gießen“ ist kein individuelles Fehlverhalten einzelner Bürg¬erinnen und Bürger, sondern ein Strukturproblem im kapitalistischen System, das die kommunale Infrastruktur aushöhlt.

Wir fordern: Investitionen in die bestehende Müllabfuhr! Wir brauchen mehr Personal und damit auch Ausbildungsplätze sowie hinreichend Gerät für die Müllentsorgung. Wir fordern: mehr Mülleimer im öffentlichen Raum! Ein sauberes Gießen braucht Planung und gute Organisation. Wir fordern: Keine weitere Privatisierung der Müllentsorgung! Keine Sanktionspolitik! Geldstrafen sind nur Strafen für arme Menschen. Wer das Geld hat, könnte bedenkenlos seinen Müll überall hinschmeißen. Sauberkeit ist Daseinsvorsorge, das hat mit Hygiene zu tun, hier darf nicht gespart werden.

Martina Lennartz

„Verlust und Erwartung“ – Lesung und Gespräch mit Egon Krenz

Als aktiver politischer Mensch und prägender Akteur der DDR-Geschichte blickt der langjährige FDJ-Generalsekretär und letzter Staatschef der DDR auf die Entwicklungen seit 1989: auf das Verschwinden des zweiten deutschen Staates im Kapitalismus, die sozialen und politischen Folgen für die Bundesrepublik – insbesondere für den Osten. Er nimmt Stellung zu Fragen, die bis heute und in die Zukunft hineinwirken: Was ging verloren? Was blieb unerfüllt? Und welche Erwartungen an die Zukunft ergeben sich aus den Erfahrungen zweier Gesellschaftssysteme?

Mi. 11.2. um 19 Uhr:
Buchvorstellung "Verlust und Erwartung – Abschluss einer DDR-Biografie" mit **Egon Krenz** und Frank Schumann, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

Wie aktuell ist Wilhelm Liebknecht?

Am 29. März ist der 200. Geburtstag Wilhelm Liebknechts. In Gießen kam er zur Welt. Manche Würdigungen über ihn lesen sich, als solle er nachträglich fürs Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen werden. Alles, wofür er gekämpft hatte, sei inzwischen erreicht: Demokratie und Sozialstaat. Er habe historische Verdienste, aber jetzt sei er überholt. Das stimmt nicht.

Wilhelm Liebknecht war anders. Zum Beispiel war er kein Liberaler, sondern Sozialist. Er fand: Demokratie gedeihe nur auf dem Boden der Gleichheit. Heute herrscht krasse Ungleichheit. Es zeigt sich: Je mehr ökonomische Ungleichheit, desto weniger Demokratie.

Liebknecht bekämpfte den Militarismus. Der aber ist gegenwärtig wieder im Kommen. In den letzten Monaten vor seinem Tod sprach Wilhelm Liebknecht landauf, landab gegen die damalige enorme Aufrüstung. Jetzt haben wir sie wieder. Liebknecht bekämpfte Bismarck als einen Feind der Demokratie. In vielen deutschen Städten erinnern Straßennamen unkritisch an ebendiesen Bismarck, auch in Gießen. Eine Republik, die einen Anti-Demokraten ehrt, hat sich selbst immer noch nicht verstanden. G.F.

Einer der Gießener Köpfe am Alten Schloss: Wilhelm Liebknecht

Do. 26.2. ab 19 Uhr:
Wie aktuell ist Wilhelm Liebknecht? Vortrag und Diskussion mit Georg Fülberth, Kongresshalle, Versailles-Zimmer

Ja, er war ein Sozialdemokrat

In dieser Stadt, in der wir wohnen,
in uns´rer Stadt, wo wir daheim,
in dieser Stadt ward er geboren
Liebknecht, mit uns vereint!

Refrain:
Ja, er war ein Sozialdemokrat,
ja, ein alter Sozialdemokrat.
Hört her ihr Sozialdemokraten
was er euch heut hätt' geraten.
Alles zu tun hätt' er geraten,
was uns vereint und stark uns macht;
all diesen Herren geht an den Kragen,
die's Kriegsgeschäft ha'm hochgebracht.

Und die Gesetze, die einst erkoren
vom Kanzler Bismarck der Bourgeoisie,
sie ähneln heut den Berufsverboten;
Herr Kanzler Schmidt, wo stehen Sie?
Der karge Lohn, die hohen Preise,
die heut' wie damals das Leben erschwern,
auch Liebknecht sah, daß manche Kreise
am Arbeiter gut profitieren!

Refrain: Ja, er war ein…

In dieser Stadt, in der wir wohnen
Demokraten, jetzt geht mal ran,
die CDU nicht länger schonen,
gemeinsam kämpfen, Liebknecht voran!

Text und Musik: Songgruppe Gießen

Tierschutz – einstimmig abgelehnt!

Wer sich auch nur am Rande mit dem Thema beschäftigt, kennt das Problem: Populationen streunender Katzen, die sich im Bereich jeder größeren menschlichen Ansiedlung unkontrolliert vermehren. Die Folgen für die Tiere sind verheerend. Unterernährung, grassierende Infektionskrankheiten, der Straßenverkehr und menschliche Brutalität sorgen für einen frühen Tod nach einem elenden Leben. Für Tierfreunde ist das unerträglich. Wenige Katzen haben das Glück, dem Tierschutz übergeben zu werden und dadurch eine Chance auf ein artgerechtes Leben zu erlangen. Dennoch platzen die Tierheime aus allen Nähten. Davon können auch der Gießener Tierschutzverein und das Katzenreich Heuchelheim ein Lied singen.

Für die Stadt ist das kein Thema, sie lässt die Ehrenamtlichen der Vereine im Regen stehen. Ein Mittel dagegen wäre eine kommunale „Katzenschutzverordnung“, die Besitzer von Freigängerkatzen dazu verpflichtet, ihre Tiere kastrieren, kennzeichnen und registrieren zu lassen. Viele Kommunen haben solche Regelungen bereits mit Erfolg eingeführt, auch im Umland. Hungen, Reiskirchen, Linden und Heuchelheim haben es hinbekommen, aber Gießen pennt.

Aus dem Stadtparlament

ABGELEHNT!

Der Koalitionsvertrag von 2021 gab Tierschützern Hoffnung, sieht er doch eine Katzenschutzverordnung vor. Doch wie so oft glänzte die Stadtregierung durch Unlust und Untätigkeit. Der Antrag auf Umsetzung, von Martina Lennartz im November eingebracht, wurde vom Stadtparlament einstimmig abgelehnt!

Der Leser fragt sich, für wen arbeiten die überhaupt? Für die Menschen? Ein Gang durch die Innenstadt mit ihren Obdachlosen und Suchtkranken beweist das Gegenteil. Für Tiere? Fehlanzeige, siehe oben. Die Natur? Dann müssten wir den Umweltfrevel am Schwanenteich nicht zum Thema machen. Nein, wenn überhaupt, dann fürs Kapital. Hier sei an die Rodungen für Bieber + Marburg erinnert und an den Privatisierungswahn, der Profite in die Taschen weniger spült und Leistungen für alle schlechter und teurer macht.

MD

Fernwärme – ein finanzielles Risiko

Die Gießener Stadtwerke (SWG) bauen in den Straßen der Stadt das Fernwärmenetz aus. Nach und nach soll das gesamte Stadtgebiet erschlossen werden. In ihrer Kundenzeitung „elahn“ informieren die SWG über den Ausbau und werben um Anschlusswillige. In den Texten werden Vorteile dieser Art der Wärmeversorgung beschrieben – sichere Versorgung, wenig Platzbedarf, niemand muss sich um regelmäßige Wartung kümmern.

Die zu erwartenden Kosten werden leider nicht erwähnt. Im Vergleich zu anderen Heizungssystemen – Öl- oder Gasheizungen, Wärmepumpe – ist die Fernwärme z. Zt. die teuerste Variante, sie kostet bis zu doppelt so viel wie andere Systeme. Das ist aber noch nicht alles. Wer sich für Fernwärme entscheidet, ist an einen Anbieter, hier die SWG, gebunden. Wenn dieser die Preise verdoppelt oder verdreifacht hat der Kunde keine Wahl – er muss den geforderten Preis bezahlen. Auf ihrer Webseite werben die SWG damit, ihre Wärme werde nur zu einem geringen Teil mit fossilen Brennstoffen erzeugt. Das meiste käme aus den Heizwerken im Leihgesterner Weg, in denen Industrieabfälle sowie getrockneter Hausmüll verbrannt werden, und aus verschiedenen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, in denen Holzschnitzel als Brennstoff dienen. Demnächst soll ein großer Anteil mit einer Großwärmepumpe erzeugt werden, in der dem Lahnwasser Energie entzogen wird. Angeblich sei der Fernwärmepreis daher unabhängig von schwankenden Öl- und Gaspreisen. Der Preis, was die Kunden bezahlen müssen, wird aber nicht aus den Erzeugungskosten errechnet, sondern mithilfe sogenannter Indizes. Diese richten sich vor allem nach der Preisentwicklung auf dem Erdgas- und Wärmemarkt. Deswegen mussten in Wahrheit auch Fernwärmekunden wesentlich mehr bezahlen als das Erdgas teurer wurde. Der Fernwärmepreis ist ein Monopolpreis, er müsste von einer unabhängigen Stelle, z. B. dem Kartellamt, kontrolliert werden. Auf lokaler Ebene könnte es eine demokratisch legitimierte Kontrollinstanz geben. Fernwärme, aus nicht-fossilen Energieträgern gewonnen wird, ist beim heutigen Stand der Technik die am wenigsten klimaschädliche Methode. Es wäre gut, wenn sie möglichst viele andere Heizungen ersetzen würde. Solange es keine langfristige Preisgarantie für Fernwärme gibt, ist jeder Anschluss an dieses Netz ein unkalkulierbares Risiko.

Gernot Linhart

Politische Arbeit kostet Geld. Wenn Sie uns finanziell unterstützen möchten:

Konto: DKP Gießen, IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Vielen Dank

Kommt ein Fahrradschnellweg Gießen – Wetzlar?

In der Gießener Lokalpresse war kürzlich zu lesen, zwischen Gießen und Wetzlar sei ein Fahrradschnellweg geplant. Im Gegensatz zu touristischen Radrouten sollen Fahrradschnellwege Städte mit möglichst wenigen Umwegen und Kreuzungen verbinden. Der jetzige Lahnradweg ist bei Hochwasser nicht durchgängig befahrbar, auch das müsste bei dem geplanten Schnellweg vermieden werden. Nur mit solchen Verbindungen kann das Fahrrad ein Alltagsverkehrsmittel werden und z. B. auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule eine größere Rolle spielen. In Hessen sind mehrere solche Wege, etwa zwischen Frankfurt und Darmstadt und zwischen Frankfurt und Mainz, geplant und teilweise schon im Bau. Leider vergeht zwischen Planung und Bau sehr viel Zeit, der Bau findet zunächst nur auf Teilstrecken statt. Die Verbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt wurde schon vor 20 Jahren angekündigt, bislang sind nur 13 von 25 Kilometern fertig. Bei der zuständigen Behörde „Hessen mobil“ haben diese Planungen keine Priorität, daran wird anscheinend nur gearbeitet, wenn sonst nicht viel zu tun ist. Es steht zu befürchten, dass das bei der Verbindung Gießen – Wetzlar nicht anders sein wird. Ich (Jahrgang 1944) werde die Fertigstellung wohl nicht mehr erleben.

Gernot Linhart

Mehr Frust als Lust – Radfahren in Gießen

Der Verfasser, Kandidat auf der Kommunalwahlliste der GSF, bietet am **1. März** eine Radtour mit dem Thema „Radfahren in Gießen – Lust und Frust“ an. Bei dieser Tour werden Stellen angefahren, die für Radfahrer gefährlich sind und andere, an denen es sich gut fahren lässt. Außerdem werden einige wenig bekannte Schleichwege gezeigt. Die Tour wird etwa 2,5 Stunden dauern, Start ist **um 10 Uhr am Kirchenplatz**.

Gernot Linhart

Was bedeutet der Angriff der USA auf Venezuela?

In der Nacht zum 3. Januar haben die USA Venezuela überfallen! Die DKP verurteilt die völkerrechtswidrige und kriminelle Aktion der USA. Der amtierende Präsident Maduro und seine Frau wurden entführt und stehen jetzt in New York vor Gericht. Die Vertreter einer „wertegeleiteten“ Weltordnung schweigen oder kritisieren zwar die militärischen Mittel, begrüßen aber den Sturz Maduros. Trump sagt indes offen, um was es geht: Kontrolle des venezolanischen Öls und geostrategische Kontrolle Lateinamerikas.

Seit Sommer 2025 bauten die USA ihre militärische Präsenz im Seegebiet von Venezuela aus. Das Ganze folgte einem langfristigen Plan zur Zerschlagung der bolivarischen Revolution. Dem bewaffneten Angriff ging die wirtschaftliche Erdrosselung voraus.

Ab 2014 begann das Obama Regime mit den ersten Sanktionen.

Über 100.000 Venezolaner starben in Folge der US-Blockade und über acht Mio. Menschen verließen das Land.

Das aktuelle US-Regime eskalierte erst mit Bombardierung von angeblich Drogen transportierenden Booten, dann mit dem unerhörten Angriff samt Präsidentenentführung.

Bei diesen barbarischen Übergriffen geht es nicht nur um Venezuela, sondern auch darum, die Ausgangsbedingungen für einen zukünftigen Weltkrieg gegen China zu verbessern. Die Zerstörung Iraks, Libyens, Syriens und der Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Ein direkter Angriff gegen Russland und China ist zu risikoreich. Also werden Verbündete destabilisiert und *Regime Change*-Operationen durchgeführt. Die nächsten Länder auf der Liste sind Kuba und der Iran.

Henning Mächerle

Venezuela Kundgebung

Mitte Januar fand wieder eine Solidaritätskundgebung von über 70 Menschen und unterschiedlichen Organisationen für Venezuela statt.

In den Redebeiträgen waren sich alle einig, ein Zeichen gegen den deutschen Militarismus zu setzen.

Eine Vertreterin der DKP erklärte, dass es bei dem kriminellen Überfall der USA nicht um Drogen gehe und auch nicht allein um Öl. Hauptziel des US-Imperialismus ist der Versuch, seine weltweite Hegemonie zurückzugewinnen.

Hände weg von Venezuela! Freiheit für Maduro und seiner Frau! Hoch die internationale Solidarität!

Chile – das ewige Problem der lateinamerikanischen Linken

Die Präsidentschaftswahl in Chile gewann am 14.12.2025 der Konservative José Antonio Kast mit 58% der Stimmen. Die Kommunistin Jeannette Jara, Kandidatin der Linkskoalition, kam nur auf 42%. Damit endete die Linksentwicklung (ab 2021) in Chile. Ihr Höhepunkt war der Kampf um die – letztlich gescheiterte – Verfassungsreform 2022. Die alte Verfassung aus den Zeiten der Diktatur sollte durch eine fortschrittlichere Version ersetzt werden. Heute wie damals waren die Gründe für die Niederlage ähnlich: Angst vor Instabilität und Kriminalität sowie die Folgen der Wirtschaftskrise.

Der Wahlkampf war durch die Themen Kriminalität und soziale Unsicherheit geprägt. Die Wähler interessierten sich dabei nicht für langfristige Bekämpfung der Kriminalität als Ausdruck der wirtschaftlichen Krise, sondern sie wollten mehrheitlich *Law und Order*. Ein Grund für ihr Scheitern war die Bandbreite der Linkskoalition: Sie reichte von der Kommunistischen Partei Chiles, über sozialdemokratische bis hin zu linksliberalen Kräften. Vor allem Letztere haben ihre Basis in städtischen Mittelschichten und nicht innerhalb der Arbeiterklasse.

Das Dilemma der gesamten lateinamerikanischen Linken ist aber die aus Kolonialismus und Neokolonialismus geerbte Wirtschaftsstruktur. Gesellschaftliche Reformen sind ohne soziale Revolution nicht nachhaltig. Kapitalistische Zentren USA, EU, aber auch Länder wie China bestimmen die Spielregeln der Weltwirtschaft. Sie haben Kapital, Technologie, kontrollieren globale Märkte. Dementsprechend landen die Profite bei ihnen.

Viele Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens haben Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und sind abhängig von Entscheidungen der kapitalistischen Zentren. Bei ihnen landen Schulden und politische Instabilität. Chile ist hauptsächlich Rohstoffexporteur und ist von Ungleichheit und der Privatisierung der Ökonomie gekennzeichnet. Venezuela zeigt das Dilemma: Reformen und Umverteilung scheitern ohne Revolution an der Dominanz der alten Abhängigkeiten wie etwa beim Ölexport. Die Revolution muss das Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffen und vor allem ausländische Konzerne enteignen.

Henning Mächerle

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Sa. 7.2. / 14.2. / 21.2. / 28.2. jeweils ab 10:30 Uhr:
GSF Infostand Wahlbündnis GSF – Kugelbrunnen

Mo. 9.2. um 18 Uhr:
GSF Treffen GSF – Ort bitte erfragen

Mi. 11.2. um 19 Uhr:

mit **Egon Krenz** und Frank Schumann: Buchvorstellung "Verlust und Erwartung – Abschluss einer DDR-Biografie"; Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer (siehe Seite 4)

Mi. 18.2. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Fr. 20.2.:
Redaktionsschluss März-Echo

Mi. 25.2. ab 19 Uhr:
GSF Wohnen und Not – Vortrag und Diskussion mit GSF, Kerkrade-Zimmer

Do. 26.2. ab 19 Uhr:
Wie aktuell ist Wilhelm Liebknecht? Vortrag und Diskussion mit Georg Fülberth, Versailles-Zi. (siehe Seite 5)

Fr. 27.2. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI – Chamäleon, Reichensand 9

So. 1.3. um 10 Uhr:
GSF Mehr Frust als Lust – Radfahren in Gießen: Radtour mit Gernot Linhart zu unfallträchtigen Stellen in Gießen (siehe Seite 6)

Di. 3.3. um 19 Uhr:
GSF Podiumsdiskussion mit GSF und den Parteien zur Kommunalwahl, Jokus, Ostanlage 25A

So. 15.3. ab 8 Uhr:
GSF Kommunalwahl – Liste 10 GSF wählen!

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** schickte die Landesregierung eine „Wirtschaftlichkeitsprüfungskommission“ ins Gießener Uniklinikum. Nach deren Berechnungen sollte der Etat der Kliniken um 10% gekürzt werden. Im Durchschnitt sollten 10% der Stellen und 10% der Betten abgebaut werden – obwohl es Wartelisten für Behandlungen gab. Mit den Einsparungen wurde der Grundstein für den Investitionsstau gelegt, mit dem 30 Jahre später die Privatisierung der Kliniken begründet wurde.

Vor **40 Jahren** beschloss der Petitionsausschuss des Stadtparlaments eine Resolution mit der die Aufhebung der vom Bundespostminister aus politischen Gründen gegen Axel Brück erlassene Suspendierung gefordert wurde. Axel war beamteter Fernmeldetechniker bei der Post. Der Beschluss erfolgte einstimmig bei Enthaltung der CDU. Der Minister setzte dennoch das Berufsverbot gegen Axel durch.

Vor **30 Jahren** plante die Nazi-Organisation „Junge Nationaldemokraten“ einen Infostand in Wetzlar. Die Stadt Wetzlar verbot die Veranstaltung, das Verwaltungsgericht Gießen bestätigte das Verbot. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel stellte sich dann allerdings auf die Seite der Nazis. Ein breites Bündnis von Antifaschisten umringte den Infostand und verhinderte dessen Wirksamkeit.

Vor **20 Jahren** war die Arbeitslosigkeit in Gießen mit 17% überdurchschnittlich hoch. Trotzdem versuchte die Landesregierung, mit der Verlängerung der Arbeitszeit in Landes- und Kommunalbehörden Arbeitsplätze abzubauen. Arbeitslose wurden in Ein-Euro-Jobs gedrängt, um reguläre Arbeitsplätze einzusparen. In den Wahlprogrammen der bürgerlichen Parteien zu den damals bevorstehenden Kommunalwahlen kam das Thema Arbeitslosigkeit nicht vor.

Vor **10 Jahren** zog das Echo Bilanz über zehn Jahre privates Uniklinikum. Die Rhön AG, seit zehn Jahren Betreiberin des Klinikums, erwirtschaftete im Jahresschnitt einen Gewinn von 40 Mio. Euro. Das Personal klagte über ständig steigende Belastung, die Patienten über zu frühe Entlassungen und die Studenten über Mängel bei der klinischen Ausbildung. Mit Arbeitskämpfen erreichte das Klinikpersonal seitdem einige Verbesserungen. Die Profitgier der Rhön AG (jährlich sollen 110 Mio. Euro Gewinn erzielt werden) macht Patienten und Personal aber weiterhin das Leben schwer.

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: ***giessen@dkp.de***
Internet: ***www.giessen.dkp.de***

Nachruf für Klaus Mewes

Unser Freund und Genosse Klaus Mewes ist am 2. Januar im Alter von 86 Jahren nach langer Krankheit verstorben. Klaus schrieb während einiger Jahrzehnte regelmäßig marxistische Analysen des politischen Geschehens für das Gießener Echo. Außerdem bereicherte er unter dem Pseudonym Fiete Krümel mit satirischen Texten zu politischen Ereignissen unsere Zeitung. Seine klugen Einschätzungen und sein feiner Humor werden uns fehlen.

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ